

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

2.10.1923 (No. 228)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.—6. Oktober 21 500 000 M. — Einzelnummer 5000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Schlüsselzahl heute 50 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die von auswärtigen Verlegern und Kontroversen fallen der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in mangelfolgender Lieferung hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Amtlicher Teil.

#### Sozial- und Kleinrentnerfürsorge

Die Reichsrichtzahl, die der Berechnung von Unterhaltungen für Sozial- und Kleinrentner auf Grund der Verordnung vom 14. August 1923 (R.G.B. I S. 794) zugrunde zu legen ist, beträgt nach dem Stand vom 24. September 1923: 28 Millionen.

#### Bierpreiserhöhung

Vom 1. Oktober l. J. an ist die Biersteuer entsprechend den inzwischen eingetretenen Bierpreiserhöhungen ebenfalls erhöht worden. Mit der Steuererhöhung ist eine Nachsteuerpflicht für Wirte und Bierhändler verbunden.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

Das Angebot von Arbeitskräften in allen Berufsgruppen hat weiter zugenommen, während die Nachfrage vollständig aufgehört hat. Selbst Fachkräfte werden fast nirgends mehr verlangt.

Umfangreiche Arbeitszeitverkürzungen stehen in der Textilindustrie bevor. — Im Baugewerbe haben fast überall Entlassungen in größerer Zahl stattgefunden. Betriebs einsparungen (Arbeitszeitverkürzungen) erfolgten bei circa 150 Betrieben; es sind davon insgesamt circa 2800 männliche und circa 1000 weibliche Arbeitskräfte betroffen. In der Forstheimerei Schmalzwarenindustrie waren außerdem 428 Betriebe mit 2466 Arbeitskräften zur Kurzarbeit gezwungen. Betriebsstillegungen erfolgten in 5 Fällen (mit zusammen 60 männlichen und 100 weiblichen Arbeitskräften). Entlassen wurden im ganzen 124 Arbeiter.

### Die Lage des Kabinetts Stresemann

#### Krisenstimmung in Berlin?

Die heutige Reichsstaatsführung nimmt voraussichtlich nach 5 Uhr ihren Anfang. Es wird nach den bisherigen Dispositionen voraussichtlich nur der Reichskanzler zu Worte gelangen, die weitere Aussprache soll dann auf Mittwoch vertagt werden. Voraussetzung ist, daß nicht neue Ereignisse eintreten, die die Lage komplizieren. Berliner Blätter wollen bereits wissen, daß die Sitzung überhaupt möglicherweise verschoben werde. Der Besuch, den am Montag Reichskanzler Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten Ebert gemacht hat, stehe im engsten Zusammenhang damit und es sei eine Umbildung oder Neubildung des Kabinetts möglich. Was davon richtig ist, läßt sich von hier aus nicht nachprüfen. Die „Frankf. Zig.“ weiß jedoch aus Berlin zu berichten:

Es wäre falsch, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß innerhalb der Regierungsparteien latente Spannungen vorhanden sind, die auch in das Kabinett selbst hineinreichen. Vorerst handle es sich zunächst noch um nicht sehr klar hervortretende Strömungen, die auf eine Änderung des geltenden Kurzes hinführen. Es gebe Politiker, die glauben, ein bürgerliches Regiment, das womöglich auch den Deutschen nationaler persönlich nahe gebracht würde, könne eher als die jetzige Koalitionsregierung, die aus Bayern anrollende reaktionäre Woge auffangen, und es könnte, gestützt auf den militärischen Ausnahmezustand, besser als das heutige Regime die noch vorhandenen „Ermahnungen der Wirtschaft“ wie die Außenhandelsbeschränkungen, Demobilisierungsbestimmungen, den Achtstundentag usw. beseitigt werden, um die Wirtschaft wieder produktiv zu machen. Auch in der Außenpolitik würde man eine andere Tonart als die heutige lieber sehen. Der Überdruß an dem Koalitionsregiment sei anscheinend am stärksten in der Deutschen Volkspartei vertreten, für die neulich schon der Abg. Marckh in einem Artikel im „Tag“ deutlich genug die Forderung der Sozialdemokratie empfahl. In dieser Partei seien die Strömungen, die eine neue „gesunde Wirtschaftspolitik“ mit Hilfe des Ausnahmezustandes einleiten wollen, besonders lebendig. Auch im Zentrum sänder sich ähnliche Erscheinungen, und es falle auf, daß das Organ des Herrn Stegerwald „Der Deutsche“, wiederum ähnlich, wie in früheren Fällen, sich zum Vorläufer antiparlamentarischer Bestrebungen mache und der Erklärung der Großen Koalition durch ein Regiment aus „neuen Kräften“ das Wort rede. Auch bei den Demokraten scheint es Anhänger des Kurswechsels zu geben. Das Kabinett habe am Montag nachmittags mit der Beratung eines Wirtschaftsprogramms begonnen, das der Kanzler in seinen letzten Reden schon angekündigt habe. Man wisse, daß manche Äußerungen, die Dr. Stresemann über die Wehrpflicht der Arbeit und des Volksgesamtes in der sozialdemokratischen oder im kürzlich im Lager Kritik ausgeübt haben. Da man mit der Aufstellung eines konkreten Wirtschaftsprogramms nun beginnen werde, so sei tatsächlich die Möglichkeit für eine akute Krise nähergerückt.

Der Artikel weist sodann auf die große Gefahr hin, die sich aus solcher Situation ergeben könnte und stimmt Ausführungen zu, welche sich in dem Blatt des Reichskanzlers, der volksparteilichen „Zeit“ finden, welches schreibt: „Es ist geradezu verantwortungslos, in dieser Zeit der schwersten

innen- und außenpolitischen Belastung, in der wir am Rande des Bürgerkrieges stehen, Fraktionspolitik zu betreiben und sich dabei mit dem Gedanken einer Kabinettsumbildung zu befassen, die nichts weiter als eine neue schwere Belastung herbeiführen würde. Nur darum kann es sich jetzt handeln, daß wir im Innern so fest und so geschlossen wie möglich sind.“ Die „Frankf. Zig.“ schließt: „Wir können nicht einsehen, welche Vorteile das deutsche Volk jetzt von einem über Nacht herbeigeführten Kurswechsel haben könnte. Wer es für nützlich hält, ein Regime gegen die Sozialdemokratie aufzurichten, der muß wissen, daß er damit die sozialistischen Arbeiter in die Opposition zurückstößt, aus der sie gekommen sind, aber in eine radikale Opposition, die mit der Rolle der Sozialdemokratie unter dem Kabinett Cuno nicht zu vergleichen wäre.“

#### Das Zentrum für die große Koalition.

Das Zentrum hielt, wie aus Berlin gemeldet wird, am Montag abend eine Fraktionsitzung ab, die sich für die große Koalition aussprach.

### Bayern und das Reich

#### Neue Konfliktsstoffe

Die Verhältnisse in Bayern bleiben weiterhin undurchsichtig. Das Verbot des „Wöllfischen Beobachters“ ist zwar von dem Münchner Wehrkreisbefehlshaber General v. Lossow korrekter Weise an die zivilen Verwaltungsbehörden zur Durchführung weitergegeben worden. Aus der Tatsache, daß der „Wöllfische Beobachter“ am Samstag und Sonntag trotz dem Verbot erschienen ist, geht aber klar hervor, daß die Herren v. Kahr unterstehende Zivilverwaltung entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, eine gegen rechts gerichtete Anweisung durchzuführen.

Inzwischen hat sich ein neuer Konfliktsstoff zwischen dem Bayern des Herrn v. Kahr und dem Reich dadurch ergeben, daß durch das Einreisen bayerischer Behörden ein Goldtransport der Reichsbank von Nürnberg nach Berlin verhindert wurde. Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, handelt es sich um folgendes: Die starke Anlieferung von Noten durch die von der Reichsbank in Bayern beschäftigten sieben Druckereien hatte Raumschwierigkeiten in der Nürnberger Reichsbankfiliale verursacht, denen die Veranlassung durch die Verladung eines dort aufgelagerten Goldvorrates von etwa 60 Millionen Goldmark nach Berlin begegnen wollte. Durch das Eingreifen des Chefs der Staatspolizei von Nürnberg-Fürth wurde der schon vor vierzehn Tagen ins Auge gefaßt und inzwischen vorbereitete Transport am vergangenen Freitag in letzter Stunde unmöglich gemacht, so daß die Veranlassung gezwungen war, das bereits zum Versand fertig gemachte Gold wieder in ihre Tresore zurückzunehmen. Nun kann kein Zweifel bestehen, daß die Reichsbank in der Verhüllung über ihre Goldvorräte innerhalb des Reiches keinerlei Einverständnis durch irgend eine staatliche Macht unterworfen werden kann, daß also der Eingriff des Nürnberger Polizeichefs einen schweren Rechtsbruch darstellt.

Von Kahr nachstehender Münchener Seite wird erklärt, daß die Durchführung des Republikanengesetzes in Bayern vollständig ausgeschlossen sei und ebenso, daß ein Verbot des „Wöllfischen Beobachters“ nicht geplant sei. An ein Nachgeben in beiden Fragen sei nicht zu denken. Abgrenzung der Reichskommandant General Lossow wegen Durchführung des Verbotes des „Wöllfischen Beobachters“ durch den Reichswehrminister noch nicht an den Generalstaatskommissar herangetreten. Die Meldung, daß der Generalstaatskommissar die bayerischen Vollzugsbestimmungen des republikanischen Schutzgesetzes außer Kraft gesetzt habe, trifft nach Mitteilung gut unterrichteter Münchener Stellen nicht zu. Es handelt sich tatsächlich um die vorläufige Stilllegung der Geltung des republikanischen Schutzgesetzes selbst für den Bereich Bayern.

Der „Badische Beobachter“, das Organ der badischen Zentrumspartei, veröffentlicht einen Brief seines Münchener Mitarbeiters, der die Situation vom Standpunkt der Bayerischen Volkspartei aus beschreibt. Das Blatt schildert nun kurz die neueste Entwicklung der Dinge in Bayern und macht dazu folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Wenn man dazu nimmt, was im vorausgehenden bayerischen Brief zu lesen ist, daß in Bayern „endlich der Weg beschritten“ ist, „der allein zur Freiheit und zum Wiederaufbau führt, der Weg zum Kronprinzen Rupprecht“ und dazu gesagt wird, dieser Schritt werde nicht mehr rückgängig gemacht werden können, so eröffnet das eine mehr als eigenartige Perspektive. Diese Dinge können nicht rein vom innerbayerischen Standpunkt aus betrachtet werden. Hier handelt es sich um das Reich.“

Allerdings ist von der bayerischen Regierung und auch von ihrem Generalstaatskommissar immer wieder das Bekenntnis zum Reichsgedanken betont worden. Und wir glauben nicht, daß darin ein Zweifel zu setzen ist. Aber offen herausgesagt: Der Reichsgedanke hat in Bayern bereits eine Gestalt angenommen, die mit dem Reich, das sich zur Weimarer Verfassung bekennet, nicht mehr viel gemein hat. Und darum hat das bayerische Bekenntnis zum Reichsgedanken einen zweideutigen Sinn. Nur dieses Bekenntnis und sein Sinn ist innerbayerisch, seine Auswirkungen dagegen erstrecken sich auf alle übrigen deutschen Länder bezw. auf das Reich in seinem gegenwärtigen Bestand. Wir können das nicht anders verstehen als so: Bayern ist im Begriffe sich vom Reich von Weimar loszusagen und den Versuch zu machen, selbst die Führung zu einem neuen Reich auf anderer Grundlage zu versuchen. Innerbayerisch tritt damit Bayern den Nationalsozialisten unter

Hitler und ihrem Hintermann Ludendorff entgegen, die von einem bayerischen Partikularismus und von einer etwaigen Trennung von Preußen nichts wissen wollen. Münchenbayerisch würde aber Bayern damit rechnen müssen, daß auch andere deutsche Länder, besonders Süddeutschlands, sich auf seinen Standpunkt stellen und seiner Führung folgen. Andernfalls wäre Bayern isoliert und seine ganze Aktion läme praktisch nur auf eine Trennung vom bestehenden Reich heraus.

Wir lassen es dahingestellt, ob wir damit den wirklichen Sinn des bayerischen Verhaltens getroffen haben. Unter der Voraussetzung, daß dies der Fall ist, wäre von unserm Standpunkt dazu zu bemerken: Wir können uns die Möglichkeit denken, daß in der Tat das Reich in seinem bisherigen Bestand nicht aufrecht zu erhalten wäre. Poincaré geht ganz offenbar darauf aus, diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen. Und der unheilvolle Krieg mit seiner fürchterlichen Schwächung Deutschlands und seinen innerpolitischen Folgen, die im Zusammenbruch des alten Regimes vor unser aller Augen stehen, gestattet es schließlich auch einem feinen Kopf, wie Poincaré, ein solches Ziel mit einseitigem Erfolg zu erstreben. Selbstverständlich träte in diesem Falle die Frage an die deutschen Länder heran: Was dann? Aber so wie die Dinge stehen, kennen wir nur eines und wir folgen damit dem Gehor unseres Gewissens: Fest und treu zur deutschen Schicksalsgemeinschaft! Fest und treu zum bestehenden Reich mit allen unseren übrigen Volksgenossen! Wir verwerfen daher aus Gewissensgründen alle innerpolitischen Versuche, die darauf ausgehen, den Zerfall des bestehenden Reiches zugunsten eines erst geplanten herbeizuführen. Den Versuch der Verschlagung des gegenwärtigen Reiches überlassen wir unseren unverwundlichen Gegnern über dem Rhein. Wir glauben noch an die Möglichkeit der Erhaltung des Reiches in seinem gegenwärtigen Bestand und sind gewillt, daraus die Folgerungen zu ziehen. Wir sind der Überzeugung, daß auch die stärksten wirtschaftlichen und politischen Gründe dafür sprechen, daß wir zu erhalten suchen, was besteht. Innerpolitische Experimente, wenn der Feind von außen droht, sind unheilvoll. Und wir möchten daher mit keinem Wort und mit keiner Tat irgendwie den, die von außen das Reich berennen, bei ihrer Zerstörungsbemühung beihilflich sein. Aus dieser Stellungnahme ergibt sich für jeden, der logisch denken kann, was wir zu dem Verhalten Bayerns angesichts der Lage des Reiches denken.“

#### Das Programm des Herrn v. Kahr

Bei einer Pressekonferenz der Münchener Blätter sprach sich der Generalstaatskommissar Kahr am Montag scharf gegen die in nationalistischen Blättern gegen ihn erhobenen Anwürfe aus.

Als seine Aufgabe bezeichnete er, die Autokratie des Staates mit allen Mitteln wieder herzustellen und zu festigen. Dazu forderte er die Mithilfe aller national gerichteten Kreise und Organisationen. Die nicht Nationalgerichteten Kreise und Organisationen, die an der nationalen Einheitsfront kein Interesse hätten, könne er nicht gebrauchen. Seine Stellung zum Marxismus sei bekannt, ebenso zur Frage der Monarchie. Die Monarchie werde nicht ausgerufen, sondern sie wachse und komme von selbst. Gegen hinterhältige Angriffe werde er aufs schärfste vorgehen. Er spricht die Hoffnung aus, daß er die noch außerhalb stehenden Organisationen zu sich heranziehen könne. — Zu der Konferenz waren nicht eingeladen die Vertreter des „Wöllfischen Beobachters“ und der sozialdemokratischen „Münchener Post“.

Die bayerische volksparteiliche Korrespondenz, die Herr v. Kahr, wie es scheint, als Sprachrohr benutzte, wendet sich gegen den „Wöllfischen Beobachter“, der in Beachtung einer ausgesprochenen Ludendorff-Taktik Herr v. Kahr separatistischer Treiberei und ausgesprochener Verfolgung wittelsbachischer Interessen beschuldigte. Die Korrespondenz meint, der „Wöllfische Beobachter“ habe kein Recht, den bayerischen Kronprinzen an Kronprinzinnen zu erinnern und erzählt, daß der Kronprinz das politische Treiben Ludendorffs in Bayern mit größter Beforgnis verfolgt, weil es bayerische und deutsche Interessen gefährde. Die Korrespondenz wendet sich dann aber auch noch gegen die Reichsregierung, die in Unkenntnis der bayerischen Dinge „in den bayerischen Ausnahmeständen hineinmischen“ wolle. Man solle Bayern völlig aus dem Spiele lassen, dann würde es sich selbst helfen zum Nutzen für Bayern und das Reich. Die Meldung des „Wöllfischen Beobachters“, daß Herr v. Kahr sich als Statthalter des Königs bezeichnet habe, stellt der „Bayerische Kurier“ dadurch ins Licht, daß er verrät, was von einer starken Gruppe bei der Septemberberatung des Kampfbundes in Nürnberg verlangt worden sei, nämlich nicht nur eine absolute unantastliche Reichsverfassung, sondern auch Ausschluß der Wittelsbacher vom Thron im Reich wie in Bayern und Aufstellung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Kronprinzen.

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich, daß vom Generalstaatskommissar eine Streikverordnung erlassen worden ist zu dem Zweck, Sicherung für Arbeit und Betriebe zu schaffen. Durch diese Verordnung wurden Streiks und Ausperrungen verboten, ebenso jede Art von Sabotage, d. h. widerrechtliche Stilllegung und Hemmung von öffentlichen und privaten Betrieben. Als Strafe gegen Zuwiderhandlungen wurden Gefängnis und Geldstrafe ohne Höchstmaß angeordnet, in besonders schweren Fällen auf Justizhaus erkannt. Ist hierbei der Tod eines Menschen eingetreten, so wird auf Todesstrafe erkannt. Mit der Verhängung gleich schwerer Strafe gegen Zuwiderhandlungen soll auch Arbeitswilligkeit geschäftet werden. Alle Terrorakte wie Mißhandlung, Belästigung, Bedrohung und wirtschaftliche Schädigung gegen Angehörige oder Arbeiter wegen ihrer vaterländischen oder ihrer politischen Gesinnung fallen ebenfalls unter die Verordnung.

Ferner meldet die Korrespondenz Hoffmann amtlich: Generalstaatskommissar v. Kahr hat eine Verordnung erlassen, nach der Landesverrat mit dem Tode bestraft werden kann.

### Die bayerische Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem bayerischen Sozialistenführer Auer über die Haltung der bayerischen Sozialisten. Auer warnt die Sozialisten im Reich, besonders in Berlin und Sachsen, sich einer ebenso vorsichtigen wie gefährlichen Nervosität hinzugeben, die die Sozialisten in Bayern nicht empfinden. Bisher habe zwar auch da, wo er zuerst verfuhr hatte, gegen die Weisungen des Militärbevollmächtigten in Bayern, des Generals von Lossow, zu handeln, schließlich nachgeben müssen. Es sei Pflicht des Reiches, die bayerische Regierung dazu zu zwingen, den Tatbestand, daß die bayerische Ausnahmeverordnung durch die Reichsverfassung automatisch aufgehoben sei, formell und praktisch anzuerkennen. Wie Auer mitteilte, seien dahingehende Verhandlungen bereits im Gange. Die bayerischen Sozialdemokraten stünden auf dem Standpunkt, daß das Reich ein Scheitern, also den offenen Konflikt und den Bruch nicht fürchten dürften. Aber, was vermeiden werden müsse, sei ein Fehlschritt, der die ganze in ihren persönlichen Ambitionen und politischen Zielen durchaus uneinige Gesellschaft mit einem Schlage zusammenführen würde. Nach den bisherigen Wahrnehmungen glaubt Auer versichern zu können, daß General von Lossow durchaus treu und loyal sei und daß er jeden Befehl des Oberbefehlshabers Gehler rückhaltlos durchführen werde.

### Die Taktik von 1918?

#### Der „kaltblütige“ Poincaré

Poincaré hat am Montag noch eine zweite Rede und zwar in Bar le Duc gehalten, die, wie zu erwarten, ganz auf den Ton der bereits mitgeteilten abgestimmt war. Nachdem Deutschland sämtliche Verordnungen und Ausführungsbestimmungen für den passiven Widerstand zurückgenommen, nachdem es die Wiederaufnahme der Sachlieferungen angeordnet hat, sucht Frankreich den Beginn der Verhandlungen zu verzögern und ist anscheinend auf dem Wege, dieselbe Taktik einzuschlagen, die es im Herbst 1918, als Deutschland um den Waffenstillstand nachsuchte, für gut befunden hat. Die französische Regierung ist nun von deutscher Seite durch Vermittlung der französischen Botschaft in Berlin um Einleitung offizieller Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet ersucht worden. Die Antwort auf dieses Ersuchen steht noch aus. Poincaré hat allerdings in seiner Rede erklärt, Frankreich müsse zunächst die praktischen Auswirkungen des Verzichts auf den passiven Widerstand abwarten, ehe es sich an den Verhandlungstisch setzen könne. Er scheint so geradezu mit Absicht den Weg verbauen zu wollen, der einzig und allein zu produktiver Arbeit an der Ruhr und zu Sachlieferungen führen kann, denn es ist klar, daß die volle Wiederaufnahme der Produktion ohne bindende Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich schwierig in Fluß kommen kann. Die Antwort auf das deutsche Ersuchen wird uns die französischen Ziele weiter enthüllen, soweit dies überhaupt noch notwendig scheint.

Poincaré führte in seiner Rede in Bar le Duc u. a. aus: Die Franzosen hätten wohl gewußt, daß diese unerhörten Machinationen zur Ohnmacht verdammt sei, da sie das Sammelbecken der deutschen Produktion in den Händen hielten. Jetzt sei der Fälligkeitstag gekommen. Bisher habe man nur Worte, und zwar wenig lebenswürdige, gehört. Frankreich wolle aber Taten und Tatsächlichkeiten. Es würde nicht zu früh frohlocken. Es sei noch nichts entschieden. Man müsse in Ruhe abwarten, was sich ereignen werde. „Wenn wir“, sagte Poincaré, „unsere Kaltblütigkeit bewahren, werden wir Herren der Lage bleiben.“

Poincarés Entschluß, auf jede Initiative Frankreichs in der Reparationsfrage zu verzichten und deutsche Vorschläge abzuwarten, wird in den Kreisen der französischen Großindustrie sehr lebhaft bedauert. Die vom Comité des Forges inspirierte Wochenschrift L'Opinion fordert die Regierung auf, mit einem präzisen, realisierbaren Reparationsprogramm vor die Welt zu treten. In politischen Kreisen wird befürchtet, das Comité des Forges sei in der Lage, Poincaré jeden Augenblick ein bis ins kleinste ausgearbeitetes Programm, dessen Grundlage eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung sei, zur Verfügung zu stellen. Poincaré habe aber alle Nachschüsse und Anregungen von dieser Seite mißtrauisch abgelehnt.

#### Der Abbau der Ruhrkredite

Wie die Berliner Blätter melden, fand am Montag im Reichsfinanzministerium eine Sitzung statt, in der man sich auch mit der Frage des Abbaus der Kredithilfe für das Ruhrgebiet befaßte. Minister Fuchs weist zurzeit in Wehr, wo Besprechungen stattfinden, die die Probleme der Übergangswirtschaft zum Gegenstand haben. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ ist mit einer allgemeinen Betriebsaufnahme von Mittwoch an zu rechnen.

#### Die Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau

Die Teilarbeitsgemeinschaft für das Ruhrgebiet innerhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Kohlenbergbau hat beschlossen, die Arbeit im Ruhrkohlenbergbau am Montag wieder aufzunehmen. Während der bisherigen Dauer der Ruhrbesetzung sind zwar die Arbeiten unter der Erde zur Verbesserung der Anlagen und zur Steigerung der Förderung wesentlich gefördert worden, doch wird von einem allgütigen Optimismus nach dieser Richtung hin gewarnt. In den Kreisen des Kohlenbergbaus glaubt man vorerst mit einer täglichen Förderung von 200 000 Tonnen zufrieden sein zu müssen. Bei Beginn der Ruhrbesetzung hatte die tägliche Förderung etwa 220-230 000 Tonnen betragen, während die Förderung in den Sommermonaten des Vorjahres bis auf 300 000 Tonnen täglich gestiegen war.

Nach dem Wiederbeginn der Förderung im Ruhrkohlenbergbau wird von ausschlaggebender Bedeutung die kommende Regelung der Lohnfrage für den Kohlenbergbau sein. In industriellen Kreisen hegt man die Befürchtung, daß die für Lohnzahlungen benötigten Summen in den nächsten Wochen nicht aufgebracht werden können. Es komme alles darauf an, daß die Löhne nach der Leistung festgesetzt würden. Ein entsprechendes Abkommen müsse getroffen werden.

Dortmund 1. Okt. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaftsbund der christlichen Bergarbeiter und der Hirsch-Duncker'sche Bergarbeiterverband haben einen Aufruf an die Bergarbeiterschaft im besetzten Gebiet erlassen, in dem sie die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

#### Die französische Eisenbahnregie

Die Regie will die deutschen Eisenbahner nur unter folgenden Bedingungen zu dem Betrieb zulassen:

1. die deutschen Beamten werden auf die alliierte Regie verweist; 2. es werden nur solche Beamten eingestellt, die im Orte ihrer Tätigkeit geboren sind; 3. ältere Leute sind von der Wiedereinstellung überhaupt ausgeschlossen. Es kommen nur jüngere in Frage; 4. die ausgewiesenen Beamten werden nicht wieder eingestellt, sondern die Ausweisungen werden aufrecht erhalten; 5. insgesamt darf nur ein Drittel des bisherigen deutschen Beamtenstandes wieder eingestellt werden; 6. die Leute haben unter alliiertem Leitung zu arbeiten. Diese Bedingungen haben unter den deutschen Eisenbahner eine beispiellose Erbitterung hervorgerufen, zumal sich auch praktisch daraus ergibt, daß unter diesen Bedingungen an den wichtigsten Bahnhöfen überhaupt nur annähernd ein Drittel des bisherigen Beamtenstandes bestellt werden kann. Selbstverständlich hat die Bestimmung, daß die ausgewiesenen Beamten nicht zurückkehren sollen, noch den Unwillen der deutschen Beamten vergrößert.

#### Der Blutsonntag von Düsseldorf

Die Unterdrückung der separatistischen Bewegung im Rheinland durch die Franzosen ist durch die Düsseldorfser Vorkommnisse wieder einmal bis zum Überfließ erwiehen. Die französische Presse macht die Polizei verantwortlich, das französische Militär hätte nur die „wehrlosen“ (in Wirklichkeit bewaffneten) Menschen geschützt. Andere Pariser Blätter äußern allerdings Bedenken gegen solche französische Politik, aber nur aus dem Grunde, weil dadurch die rheinische Bewegung in den Augen der Deutschen diskreditiert werde. Frankreich werde, wenn es eine deutsche Partei im Rheinland gegen die andere offen schütze, aber auch im Ausland diskreditiert. Allein der sozialistische „Populaire“ schreibt: Die Dörken, die Smets und die Rathes erscheinen dem Friedfertigen, dem demokratischen, dem Sozialisten unter den Deutschen als verächtliche Verräter. Diese Gefühle verstehen wir. Daß im Augenblick, in dem die Wiederaufnahme der Arbeit unmittelbar bevorsteht, eine schon mit Schwierigkeiten belastete Lage noch kritischer durch Kundgebungen der sogenannten Separatisten, die mit der Billigung der Besatzungsbehörde organisiert wurden, gemacht werden muß, ist bezeichnend für die Abenteuerpolitik, die gewisse Leute hinter der Fassade der Maßnahmen betreiben, die man ergriffen hat, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen.

Die Zahl der Teilnehmer an der Düsseldorfser Separatistenparade wird in der „Frankf. Ztg.“ auf einige 20 000, keinesfalls mehr als 30 000 angegeben. Neben Kleinbauern, sah man im Zug die typischen fanatisierten Radikalen und Lumpenproletariat. Den Kern der Bewegung bilden immer noch Entwürzelte. Dazu kommen mißvergnügte Kleinbauern und Linksradikale. Die Separatisten glaubten bereits vor dem Abschluß der Bewegung zu stehen. Sie haben jedoch von den Franzosen im letzten Augenblick vorläufig Gegenordere bekommen und ihr Führer Matthes erklärte, man werde mit der Auslösung der Rheinischen Republik solange warten, bis in Deutschland der Bürgerkrieg ausgebrochen sei.

Die Franzosen haben die entwaflnete grüne Polizei aufgefordert. Die Gemeindefräken beabsichtigen, einen neuen separatistischen Vorstoß mit dem Generalstreik zu beantworten. Die Zahl der Verwundeten stellt sich nach neueren Meldungen als weit höher dar. Man rechnet mit mindestens 200 Verwundeten, größtenteils schwerere Fälle, außerdem 10 Tote (darunter 3 Polizisten). Eine große Anzahl leichter Verwundeter Sonderbündler ist von den Streiktruppen selbst mitgenommen worden. Die Besatzungsbehörden haben ein Nachtverkehrsverbot von abends 11 Uhr bis morgens 5 Uhr erlassen. Die ersten Folgen der Entwaflnung der Schupoamten machten sich bereits bemerkbar. In der Nacht hat sich das Gefindel in den Außenbezirken gesammelt und umfangreiche Plünderungen von Bauerngehöften vorgenommen.

Der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Oberbaurat Rabbas, ist von den Franzosen verhaftet worden. Beigeordneter Dr. Haas, der am Sonntag vorübergehend freigelassen worden war, ist wieder verhaftet worden.

### Politische Neuigkeiten

#### Versuchter Rechtsputz in Küstrin

Nach amtlichen Meldungen aus Berlin versuchten am Montag nationalsozialistische Haufen Küstrin zu überfallen und drangen in die militärisch nicht besetzte Altstadt ein. Die Garnison drang in die Stadt und schloß die Unruhestifter im Zeughaus ein. Mehrere Führer wurden verhaftet. Bei einem Entfesselungsversuch, den die Aufständischen zur Befreiung der im Zeughaus eingeschlossenen Aufständischen unternahmen, kam es zu einem kurzen Feuergefecht, wobei die Aufständischen Verluste an Toten und Verwundeten hatten. Die Reichswehr hatte bisher keine Verluste. Die Entwaflnungsaktion ist eingeleitet, die Säuberung der Umgebung von Küstrin ist im Gange. Der Erfolg der nach Küstrin in Marsch gesetzten Verstärkungen aus Nachbargarnisonen ist nur zum geringen Teil notwendig geworden. Die Umgebung von Berlin wird durch Reichswehr und Polizei scharf überwacht.

Folgender Befehl des Reichswehrministers ist an die Wehrkreiskommandanten gerichtet worden: Um Veranlassung der Bevölkerung u. die Verbreitung ungeprüfter Nachrichten zu verhindern, befehle ich: Im unbesetzten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtliche Mitteilungen der Militärbefehlshaber gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. September 1923 bestraft. Reichswehrminister Dr. Gessler.

#### Eine Kundgebung der Deutschnationalen

Die Deutschnationalen haben einen großspürigen Aufruf gegen das „Kapitulationskabinett Stresemann-Differting“ erlassen, an dessen Schluß es heißt: „Dem deutschen Volke aber rufen wir, getragen von der Zustimmung weitaus aller der deutschen Wirtschaft, in letzter Stunde zu: Seid bereit! Der Tag ist nicht mehr fern, an dem alle positiven internationalen Verständigungssituationen unter der Gewalt der Tatsachen verfliegen werden. Dann ist die Stunde der nationalen Regierung da, die mit starkem Willen, komme, was da wolle, den Weg der Rettung gehen wird.“

Die „Frl. Ztg.“ schreibt u. a. dazu: Was war es für eine Politik, die sich nicht scheute, Steuerbrüder und Steuerhabsbater gegen den Staat beinahe als patriotische Tat zu erklären und damit einen doppelten Vorteil einzuharsten, den „moralischen“ Vorteil der politischen Beliebtheit und dazu den materiellen Vorteil der tiefenhaften Inflationsbeschränkung, die man, statt Steuern zu zahlen, umgehelt für die eigene Kasse von den sinkenden Volksschichten selber erhob! Das war die Politik der Kreise, auf die die deutschnationale Propaganda sich jetzt beruft. Diese Politik, die niemals ehrlich den Tatsachen ins Gesicht sah, hat uns den Krieg verlieren lassen, sie hat uns nachher durch die Einschüchterung von Regierung und Reichstag gelähmt, sie hat während des Ruhrkampfes die Regierung Cuno von den staatsmännlichen Schritten abgehalten, durch deren rechtzeitige Vetreibung allein ein Erfolg des passiven Widerstandes hätte erhofft werden können, und jetzt, wo in jedem Deutschen Verzweiflung ist, will sie auch diese

Verzweiflung ausheuten, um sich zur Macht zu bringen und dann Deutschland tollends zu zerstören. Denn Verzweiflung, nicht Rettung wäre ihr Erfolg!

### Das Währungsgezet

Der Finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich nun ebenfalls mit dem Gezet über die Währungsbank. Die Vorlage wurde angenommen und eine Entscheidung gefaßt, welche besagt:

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf zu, trotz der Bedenken, die sich gegen die vorgeschlagene Zwischenlösung vom Standpunkt reiner währungspolitischer Grundsätze aus vorbringen lassen. Es wird indessen nötig sein, daß die Lebensdauer der Währungsbank beschränkt und so schnell wie möglich durch die Wiedereinführung einer wirklichen Goldwährung abgelöst wird. Der Finanzpolitische Ausschuß möchte auch bei dieser Gelegenheit noch einmal auf das eindringlichste darauf hinweisen, daß sich weder die Goldwährung, noch irgend eine andere Währung wertbeständig erhalten läßt, wenn es nicht gelingt, das außerordentliche Minus unserer Volkswirtschaft durch eine stark erhöhte Produktionsleistung und die Befestigung des Verlaufs in unruher Arbeit aus der Welt zu schaffen.

### Die schwebende Schuld des Reichs

Der Zuwachs der schwebenden Schuld des Reichs in der zweiten Septemberbedate geht, wie zu erwarten, ganz auf alles Bisherige hinaus. Er beträgt nahezu 5000 Millionen, genau 4961,5 Millionen Mark. Zum gegenüber spielen die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Gebühren mit 84,7 Millionen nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Größer war der Eingang auf dem Konto fundierte Schuld (Goldanleihe) mit 309,7 Millionen Mark, das Gesamtaufkommen aus dieser Quelle erreicht damit 496,3 Millionen Mark. Für Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages mußten in der Berichtbedate 98,7 Millionen Mark aufgewendet werden, die allgemeine Reichsverwaltung erforderte 3444,9 Millionen, die Schuldzinsen 317,5 Millionen Mark. Das Defizit der Betriebsverwaltungen erforderte Aufwendungen in Höhe von 1584,7 Millionen Mark, davon nahm die Eisenbahn allein 1556,5 Millionen in Anspruch, so daß das Gesamtdéfizit der Reichsbahn seit Beginn des Rechnungsjahres (1. April 1923) auf 2272,8 Millionen gestiegen ist. Durch den Zuwachs von nahezu 5000 Millionen erhöhte sich der Stand der schwebenden Schuld am 20. September auf 7342,2 Millionen. Darunter befanden sich Sachwechsel mit längerer Laufzeit als drei Monate in Höhe von 180,9 Millionen Mark. Das Verhältnis der Steuereinnahmen zu den Gesamtaufgaben (5445,8 Millionen) hat sich in der Berichtbedate gegenüber der vorhergehenden Bedate wieder verschlechtert; es sank auf 1,55 Prozent.

### Die Inflationssteuer

Das Instrument der Notenpresse ist nunmehr allgemein erkannt, als das, was es ist: als ein verabscheuenswürdiges Mittel, das der Staat (anfangs gewiß unbedacht) anwendet, um Beträge aus der Wirtschaftsgesellschaft herauszupressen, die er auf dem offenen Weg der Steuer nicht an sich zu bringen vermag. Der Ausdruck Inflationssteuer ist darum gerechtfertigt, weil durch den Ausstoß eines bestimmten Notenquantums sämtliche Marknoten- und Markforderungsbefehle einen Wertprozentsatz ihres Wertes einbüßen. Die „Steuer“ ist somit hier zwar nicht Quelle, sondern Folge einer staatsfinanziellen Einnahme. Gleichwohl erscheint es angebracht, sämtliche Einnahmen aus der Notenpresse als Besteuerung der Allgemeinheit zu bezeichnen. Denn vom Werte getragene, werden die Lasten in jedem Falle. Während sie bei der realen Steuer nach Prinzipien erhoben werden, erfolgt die Umlegung bei der Inflationssteuer wahllos, meistens auf schwächere Schultern, und mit entwerdenden Nebenwirkungen.

Über den Umfang der Einkünfte, die sich der Staat durch Inflation in den letzten Jahren beschaffte, hat man sich jedoch bisher kein richtiges Bild gemacht. Erstmals finden wir Berechnungen, die dem Problem energetisch zu Leibe gehen, in einer Schrift, die Dr. A. Jessen vor einiger Zeit unter dem Titel „Finanzen, Defizit und Notenpresse“ 1914 bis 1922“ veröffentlicht hat (mit einem Vorwort von Finanzminister a. D. Sasmich; Verlag Julius Springer, Berlin). Die Zunahme der schwebenden Schuld wurde dabei dem Reich um einzelnen Monat als Einnahme zugerechnet. Umgekehrt über den jeweiligen Einbruchsnotenstand des Reichsamt (also in „Binnenmarkt“) ergibt sich nach Jessen folgendes Bild für die Beträge, die das Reich durch Ausgabe neuer Noten aus Verhältnis folgendermaßen dar:

(in Million. Binnenmarkt)	1919	1920	1921	1922
Ausgaben . . . . .	11,1	12,3	12,7	10,5
Davon gedeckt durch Noten- presse . . . . .	62%	53%	43%	43%

Daraus ergibt sich auch, daß der staatsfinanzielle Ertrag der Notenpresse im Abnehmen begriffen ist, womit das allmähliche Abklingen des „Mordinstrumentes“ erwiesen wäre. Die Berechnung Jessens trennt freilich, wie es scheint, nicht die Erträge, die aus dem Sachwechseldefizit bei der Reichsbank, also durch pure Inflation und die, welche durch Sachwechselverlauf am Geldmarkt, also durch einfache Kaufkraftübertragung erzielt wurden. Der Prozentsatz der schwebenden Schuld, der von der Reichsbank selbst aufgenommen werden mußte, ist bekanntlich in ständigem Anwachsen gewesen. Berücksichtigt man dies, so würde sich das Bild über den Ertrag der Notenpresse wahrscheinlich für die letzten Jahre etwas „äunziger“ gestalten.

### Die britische Reichskonferenz

wurde am Montag in London eröffnet. Über den Verlauf der ersten Sitzung wird amtlich mitgeteilt, daß Premierminister Baldwin in seiner Begrüßungsansprache seine allgemeinen Ansichten über die Lage des englischen Reiches und die internationale Politik darlegte. Es sprachen sodann die Premierminister der Dominions. Einstimmig wurde eine Adresse an den König angenommen, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß die freundschaftliche Bande zwischen den Ländern des Reichs und dem König sich immer herzlicher gestalten möchten. Die Rede Baldwin wurde bisher noch nicht veröffentlicht. Nach einer Neutermeldung werden der Premierminister der Kolonien ihre Stellungnahmen erst nach den für Mittwoch angekündigten ausführlichen Darlegungen Lord Curzons erklären. Der „Standard“ hofft, daß im Fall der Festlegung einer einseitigen Politik des englischen Reichs auf Poincaré ein zwingender moralischer Druck ausgeübt werde.

Kurze Nachrichten

Wegen öffentlicher Beschimpfung Rathenau verhandelte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig gegen den Schriftsteller Theodor Feitsch, den Herausgeber der Zeitschrift 'Der Hammer', durch die Broschüre 'Anti-Rathenau' und mehrere Artikel des 'Hammers'...

Eine Verlängerung des Fütterungsverbots von Brotgetreide, das bis jetzt bis 31. Dezember gilt, steht in Aussicht, ebenso eine Verschärfung der Strafbestimmungen.

Goldbausegeld. Für die Zeit vom 3. bis einschließlich 5. Oktober beträgt das Goldbausegeld 3 599 999 900 v. S. (eine Goldbausemark gleich 36 Millionen Papiermark).

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalt findet vom 1. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 15 000 000fachen Betrage des Nennwertes statt.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel ist mit Wirkung vom 2. Oktober auf 50 Millionen festgesetzt.

Moskau winkt ab. Reuters meldet aus Moskau, es verlautet dort von unrichtiger Seite, die deutschen Kommunisten hätten sich bei der Moskauer Partei um Unterstützung für die kommunistische Bewegung in Deutschland bemüht...

Bei dem bulgarischen Kommunistaufstand, der nach Meldungen aus Sofia jetzt völlig niedergeschlagen ist, sind 2000 Kommunisten getötet und 5000 gefangen genommen worden.

Graf Mattachich, der Lebensgefährte der Prinzessin Luise von Koburg ist in Paris, wo er sich mit seiner Gattin seit etwa einem Monat aufhält, plötzlich im 56. Lebensjahr gestorben.

Krisis im italienischen Faschismus. Mussolini hat den Exekutivrat der faschistischen Partei aufgelöst, weil dieser einen Günstling Mussolinis, einen gewissen Rocca aus der Partei ausgeschlossen hatte.

Land George hat seine Amerikareise angetreten.

Griechenland zahlt. Wie aus Rom amtlich mitgeteilt wird, hat Griechenland die Banca d'Italia ermächtigt, die für Rechnung der griechischen Regierung hinterlegte Summe von 50 Millionen Lire an den italienischen Staatsschatz auszusahlen.

Die Versicherungspflichtgrenze in der Unfallversicherung ist mit Wirkung vom 1. September 1923 an auf 48 Milliarden Mark im unbesetzten Gebiet und auf 60 Milliarden im besetzten Gebiet, im Einbruchgebiet und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, festgesetzt worden.

Badische Uebersicht

Angestelltenversicherung

Die Versicherungspflichtgrenze in der Unfallversicherung ist mit Wirkung vom 1. September 1923 an auf 48 Milliarden Mark im unbesetzten Gebiet und auf 60 Milliarden im besetzten Gebiet, im Einbruchgebiet und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, festgesetzt worden.

Aus der Zentrumsparlei

Generalsekretär Guppert ist von der Leitung des Generalsekretariats der badischen Zentrumsparlei zurückgetreten, um sich an einem andern Posten dem politischen Leben zu widmen.

Klavierabend Eugen d'Albert

Es ist ein großes Verdienst der Konzertdirektion Kurt Reußel, daß sie ihre dieswintertlichen Klavierabende mutig mit einem Eugen d'Albert-Konzert begann. Es gab ja Zeiten im Musikleben, wo ein solcher Abend kein Wagnis war, sondern die Scharen in Massen herbeiströmen lieb; heute hat sich das Bild wesentlich geändert, selbst ein Mann wie d'Albert, der doch noch die Ritz-Schule repräsentiert und einer ihrer glänzendsten lebenden Vertreter ist, verbürgt nicht ohne weiteres ein ausverkauftes Haus.

Staatspräsident a. D. Dr. Gummel zur politischen Lage.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Deutschen demokratischen Partei zu Heidelberg, die von Geheimrat Thoma geleitet wurde, sprach am Samstagabend Minister a. D. Gummel.

In klaren Ausführungen ließ er, wie das 'Heidelb. Tagbl.' berichtet, das Bild des Ruhrkampfes von seinem Anfang bis zu seinem Ende abrollen und beschäftigte sich dann auch mit einigen Ausblicken in die Zukunft und mit innerpolitischen Fragen. Der Redner ging davon aus, daß es ein Unfuss gewesen sei, das Kabinett Birtz zu stürzen, und daß das anfänglich mit großen Hoffnungen begrüßte Kabinett Cuno sich bald als ein solches erweisen habe, das weder innen, noch außenpolitische Garantien gebot habe.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Schlüsselzahl des bad. Einzelhandels vom 2. Oktober beträgt 7 200 000 (Vorjahr 4 800 000).

DZ. Heidelberg, 1. Okt. Erdbeben. Der Apparat der Königsstuhlherberge zeichnete am Vormittag des 30. September ein ziemlich heftiges Erdbeben. Beginn 2 1/2 Uhr, Schluß nach 4 Uhr.

Mannheim, 29. Sept. Eine großartige Leistung im Dauerlauf vollführte anlässlich einer am 27. September stattgefundenen sportlichen Veranstaltung der bekannte Dauerläufer (früher Turnwart in Mühlhausen i. Eßl.) Peter Schimpf-Mannheim. Er legte die Strecke 5 Kilometer in 18,50 Minuten zurück.

DZ. Schutter, 29. Sept. Hier geht mit dieser Woche die Tabakerte zu Ende. Im allgemeinen ist sie noch besser ausgefallen, als man es anfänglich erwartete, was wohl auf die wenigen Niederlagen in der letzten Zeit zurückzuführen sein dürfte.

n. Herbolzheim a. d. Jagst, 30. Sept. 'Es macht sich wie Gerwölz', so hört man zurzeit oft bei der Fahrt ins Jagsttal, Streda Stultgart-Dierburken im Eisenbahnabteil sagen.

DZ. Freiburg i. Br., 30. Sept. Die diesjährige große Landes- und Hauswirtschaftliche Ausstellung findet am Mittwoch, den 17. Oktober bis Sonntag, den 21. Oktober in der Kunst- und Festhalle statt.

DZ. Freiburg, 1. Okt. Altstadtrat August Baumert, der in der Zeit von 1890-1910, der Zeit der großen Unternehmungen unter Oberbürgermeister Dr. Winterer, im öffentlichen Leben der Stadt Freiburg eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte, ist nach längerem Leiden am vergangenen Samstag gestorben.

DZ. Vom Oberrhein. Bei der Erinnerung an den Erbauer der badischen Schwarzwaldbahn, die dieser Tage die 50-jährige Bestehen begehen konnte, ist verhältnismäßig wenig daran gedacht worden, daß Baudirektor Robert Gerwig auch sonst im badischen Schwarzwald manches Denkmal seiner Tätigkeit hinterlassen hat.

maringen und endlich die Höllentalbahn von Freiburg bis Neustadt. Beim Bau der Stationen und Wärterhäuschen wurde neben der Zweckmäßigkeit auch stets der Charakter und Kaufsilber der Gegend berücksichtigt und das Mauerwerk bei Stadulken und Einschnitten mit der Natur möglichst in Einklang gebracht.

DZ. Adolfszell, 1. Okt. Der Bürgerausschuß Adolfszell hat mit Genehmigung des Bürgermeisters die Getränkesteuer mit Ausnahme der Besteuerung des Branntweines, des Apfelschnittes, und der Mineralwasser angenommen.

DZ. Vom Bodensee. Die Wein- und Obsterte wird auch am Bodensee ganz unterschiedlich ausfallen. In manchen Orten ist die Weinerte dieses Jahr vorzüglich, dagegen die Obsterte sehr gering, in anderen Orten liegen umgekehrte Verhältnisse vor.

DZ. Neustadt, 30. Sept. Im Amtsbezirk Neustadt ist auf Veranlassung des Kommunalverbandsausschusses und der Gemeindervertretungen ein Zweigverband zur Sicherstellung der Bevölkerung mit Brotgetreide gegründet worden.

DZ. Ludwigshafen a. Rh., 28. Sept. Das Bürgermeisteramt Ludwigshafen erläßt eine Bekanntmachung betr. die Brückenausweise. Für die ab 1. Oktober für ungültig erklärten alten Brückenausweise werden neue Brückenausweise ausgegeben gegen eine Goldmarkgebühr von 50 Pfennig für Blum und 5 Mark für Passierscheine.

Aus der Landeshauptstadt

Aus der Stadtratsitzung vom 27. September. Zur Deckung der durch die fortschreitende Entwertung der Mark bedingten Mehrausgaben der Stadt ist eine erhöhte Vorauszahlung zur Grund- und Gewerbesteuer für den Monat Oktober zu leisten.

Spende. In vorbildlicher Weise hat die Firma Erich Kraß in Karlsruhe sich bereit erklärt, für Kleinrentner und verschämte Arme der Stadt Karlsruhe monatlich beschiedene Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und hat als erste Gabe eine Riste Schweineschmalz dem Fürsorgeramt überwiesen.

Die deutsche Poststelle für Ausländer. Die Geschäftsräume der Deutschen Poststelle für Ausländer in Karlsruhe sind nach der Kaiserallee 14 verlegt worden.

Ein Ortsgespräch 4 Millionen Mark. Die bisher im Fernsprechverkehr geltende Schlüsselzahl ist mit Wirkung vom 1. Oktober von 5 Millionen auf 40 Millionen erhöht worden.

Der Zunderverkaufspreis. Für die laufende Woche beträgt der Kleinverkaufspreis für ein Pfund gewöhnlichen Zunder 26 Millionen Mark und für das Pfund Kristallzunder 26,5 Millionen Mark.

Landestheater. Am Donnerstag, den 4. Oktober wird das Schauspiel 'Die Reife gegen Gott' von Rolf Landner, dessen hiesige Uraufführung einen so ungewöhnlich starken Erfolg davontrug, zum drittenmal in Szene gehen.

Verschiedenes.

Der Ausbau der bayerischen Wasserkraft.

Die Arbeiten am sog. Radletwerk bei Passau, wodurch das ganze Stromschnellengebiet der Donau, das für die Schifffahrt gefährliche sog. Radlet durch ein Wehr um 8 1/2 Meter angehau und zu einem tiefen Becken mit ruhig fließendem Wasser hermandelt wird, sind schon soweit vorgeschritten, daß in der nächsten Zeit mit der Aufmauerung der Pfeiler begonnen werden kann.

